

Information der betroffenen Personen (Besucher) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Bürgerhilfe Sachsen e. V., Bahnhofstr. 66, 01259 Dresden (Deutschland)
0351-253887510, info@buengerhilfe-sachsen.de, www.buengerhilfe-sachsen.de

Gesetzlicher Vertreter:

Ute Seifert -GF-

Datenschutzbeauftragter:

Ingo Krause, E-Mail: datenschutz@buengerhilfe-sachsen.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Zur Minimierung des Ansteckungsrisikos von betreuten Personen und Mitarbeitern der Bürgerhilfe Sachsen wird eine Besuchererfassung und teilweise Selbstauskunft zur Infektion mit Covid-19 und dem aktuellen Gesundheitszustand vorgenommen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist gem. Art. 6 Abs. 1 lit. d DS-GVO erforderlich, um lebenswichtige Interessen zu schützen.

Die Verarbeitung ist zur Wahrung des berechtigten Interesses des Verantwortlichen oder eines Dritten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO erforderlich und es überwiegen keine Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person.

Kategorien von Empfängern:

Intern (Die Leitung der jeweiligen Einrichtung.)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

4 Wochen.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung: Kein Zutritt.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.